

FORUM

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschafter

Nr. 95 – November 1987

80 Pfg. – Soldatartikelpreis: 2,- DM

Inhalt
Börsenkrach und die Folgen Seite 3
„Interview“ mit Marx/Engels/Luxemburg zum Irsee-Programm Seite 4
Jugendkampagne Seite 8

Jugend für Sozialismus

Wer sich nicht lebt verkehrt! Werde aktiv bei den Jungsozialisten



Jugendliche Demonstranten – es gibt viele Gründe, gegen das System aktiv zu werden.

Wehrt!



In vielen Städten der BRD finden in diesen Wochen Jugendveranstaltungen der Jungsozialisten statt. Alle Jugendlichen sollen diese Gelegenheit nutzen, die Jusos kennenzulernen und sich überlegen, ob sie nicht aktiv werden wollen. Denn Gründe, etwas gegen die bestehenden Verhältnisse zu tun, gibt es genug.

Jugendliche in der Schule sehen sich Verschärfungen des Abiturs gegenüber. Lehrermangel und „Jugendarbetslosigkeit“ steigen auch den Leistungsdruck in den Schulen. Kinder aus Arbeiterfamilien wurde durch die Streichung des Schüler-Bafags die Möglichkeit erschwert, das Abitur zu machen.

Jugendliche, die mit der Schule fertig sind, haben es immer schwerer: Nur knapp die Hälfte der Bewerber bekommt einen vollqualifizierten Ausbildungsplatz, 1/4 dagegen nur einen teilqualifizierten in Berufsschulen, 6% gehen ins Berufsvorbereitungsjahr, 14% gehen leer aus.

In der Ausbildung selbst werden meistens Hungerlöhne gezahlt, so daß Jugendliche noch abhängig von den Eltern sind. Oft ist es auch so, daß sie zuhause Geld abgeben müssen, weil die Eltern zu wenig verdienen. Streiken ist ihnen verboten. Viele werden nach der Ausbildung nicht übernommen, so daß die Zahl der Arbeitslosen

Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen Ausverkauf verhindern!

Überall in Europa scheinen sich die Regierungen des Kapitals einig zu sein: Der Verkauf von staatlichen Betrieben an freie Unternehmer sei die Lösung vieler Probleme. Ob Öl, Post, Gesundheitswesen in Großbritannien, Automobilindustrie in Frankreich, Bahn, Post und VW in der Bundesrepublik. Mit dem Verkauf dieser staatlichen Betriebe – entweder ganz oder teilweise – sollen die Haushalte saniert werden, den Kunden wird besserer Service und mehr Auswahl versprochen. Und dadurch, daß ein Teil der Aktien dem Volk angeboten werden, soll es uns kleinen Leuten ermöglicht werden, in den „erlauchten“ Club der Aktionäre aufgenommen zu werden.

Daß letzteres gar nicht so erstrebenswert ist, hat sich beim Börsenkrach am „Schwarzen Montag“ gezeigt – mal ganz abgesehen davon, daß ein paar Aktien noch keinen Millionär machen.

Aber auch die anderen Versprechen haben einen Pferdefuß. Denn was heißt freies Unternehmertum? Daß nichts anderes zählt als der Profit.

Und das bedeutet:
– Großabnehmer erhalten bessere Tarife als Kleinverbraucher. So ist z.B. bei der Post zu erwarten, daß ein privatisierter Telephonbereich die Gebühren für Ortsgespräche verteuern wird, aber die für Ferngespräche verbilligen, wie jetzt schon in Großbritannien.
Streichungen und Verteuerungen

– Nichts läuft mehr, wenn es sich nicht lohnt. So zu beobachten im Busbahnverkehr, wo jetzt schon 48% der Leistungen von privaten Unternehmen gefahren werden. (Bis 1992 sollen es 60% werden!) Die Fahrpläne werden zusammengestrichen, oft werden ganze Strecken stillgelegt. Wer da auf dem Land lebt und kein Auto hat, ist verloren.

– Die Arbeitsbedingungen werden schlechter. Es gibt mehr Schichtarbeit und vor allen Dingen: Durch Rationalisierung und Stilllegung werden viele Arbeitsplätze wegfallen.

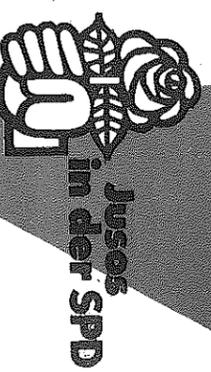
Und dann dieses Argument: „Durch den Verkauf bauen wir Staatsschulden ab.“ Sicher bringt der Verkauf erst mal Geld ein. Aber: Verkauf werden nur profitabile Bereiche (welcher Unternehmer hätte da wohl auch sonst Interesse dran?). Die Defizite darf weiterhin der Steuerzahler tragen. So soll z.B. bei der Post das teure Fernmeldernetz staatlich bleiben, die Nutzung jedoch durch Privatfirmen erfolgen.

Betroffene Gewerkschaften und Belegschaften machen jetzt mobil gegen die Pläne der Bundesregierung. Am 10. September folgten 25.000 Eisenbahner dem Aufruf ihrer Gewerkschaft GdED nach Bonn. Es gab Proteste der Postler sowie Warnstreiks und Demonstrationen von 60.000 Arbeitern bei VW. Wenn die betreffenden Gewerkschaften ihre Aktionen fortsetzen, am besten gemeinsam, und wenn wir alle sie dabei unterstützen, können wir die Regierung des Kapitals noch zum Rückzug zwingen!

Tim Kuhlmann, Remscheid
Mitglied der GdED

bis 25 Jahre bei ca. 1 Million liegt. Und das, wo die Gewinne der Unternehmer größer sind als in den 50er und 60er Jahren!

Das nehmen wir nicht länger hin. Wir wollen keine leere Versprechungen oder lächerliche Almosen, sondern



- Arbeit für alle durch entsprechende Verkürzung der Wochenarbeitszeit.
- Übernahme aller ausgetretenen Auszubildenden in ihren erlernten Beruf (Unternehmer, die nicht ausbilden, sollen zahlen; mit dem Geld Schaffung von Lehrstellen für alle Schulabgänger!
- 1000 DM Mindesteinkommen für alle Auszubildende! Wiedereinführung des Schülter- und Studentenbafogs ohne Darlehensanteil und Erhö-

hung auf 1000 DM mindestens! 10 DM Sold für Soldaten und Zivildienstleistende!
● Volle gewerkschaftliche Rechte einschließlich des Streikrechts auszubildende, Schüler, Studenten Soldaten und ZDL'er!
Dafür müssen wir kämpfen. A Erfolg kann man nur haben, wenn man organisiert kämpft. Das will die Arbeiter schon immer. Deshalb haben sie die SPD und die Gewerkschaften gegründet und sich dort organisiert.

Die Jungsozialisten sind der Jugendverband der SPD. Die Versammlungen sind offen, das heißt: Jeder, sich noch nicht entscheiden will, in SPD einzutreten, kann trotzdem teilnehmen, mitdiskutieren, sich Aktionen beteiligen. Bringt Eure Interessen, Meinungen und Forderungen ein.

Helft mit, die Jusos zu einem kämpferischen, sozialistischen Jungarbeiterverband zu machen.

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist

Abschluß der Jungsozialisten-Jugendkampagne Jugendveranstaltungen mit Rockkonzert

am Samstag, 5. Dezember 1987, in Nürnberg, Frankenhalle, Einlaß ab ca. 14.00 Uhr
nachmittags Jugendkongreß, Diskussionskreise, Ausstellungen, Juso-Arbeitsgemeinschaften stellen ihre Arbeit vor
abends Rockkonzert

Organisiert Busse; beteiligt Euch an den Ausstellungen zur AG-Arbeits-

Der Kommentator Kieler Sumpf

Maßnahmen, Skandale, Korruption sind nicht mehr vorwiegend in südeuropäischen Ländern anzutreffen, sondern breiten sich offenbar auch in den als „stabil“ geltenden bürgerlichen Demokratien in Nordeuropa aus. Mit der Pfeifer/Barschel-Affäre hat die „Skandalisierung“ der BRD einen vorläufigen Höhepunkt erreicht: Flick-Spendenaffäre, illegaler Schmuggel von U-Boot-Bauplänen nach Südafrika, VW-Devisenskandal, Beraubung eines Juwelergeschäfts durch den früheren FDP-Fraktionsvorsitzenden Scholl in Rheinland-Pfalz, Korruptionsaffäre im Krupp-Management, vor Jahren die Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Kary, die nie aufgeklärt wurde, staatliche Bombenleger am Celler Gefängnis . . .

Wie immer auch die Barschel/Pfeifer-Affäre ausgehen mag, eins steht fest: Sie hat einen ungeheuren Sumpf an Mächtigkeiten offenbart, in die „demokratische“ Politiker verwickelt sind. Und dabei werden wir wohl nur die Spitze des Eisbergs zu sehen bekommen. Welcher Filz muß im Staatsapparat herrschen, wenn Bespitzelungen von Oppositionellen in den Amtsnahen als selbstverständlich betrachtet werden?

Welche harmonische Eintracht von Kapital, Rechtspresse und bürgerlichen Politikern wurde hier wieder offensichtlich, genauso wie beim Flick-Skandal. Der Unternehmer Ballhaus bezahlte die Bespitzelung Englohms, der Springer-Verlag stellte den dubiosen „Medienreferenten“ Pfeiffer ab, und führende CDU-Politikern um Barschel waren alle Mittel recht, um an der Macht zu bleiben. Dieser Staat ist unser Staat? Nein, danke!

Da in diesem Fall ein Ablenkungsmanöver einfallen lassen: mßten sich die Herrschenden flugs ein Ablenkungsmanöver einfallen lassen: Die SPD soll mit in den Sumpf gezogen werden. Sie sei ebenfalls in die Affäre „verstrickt“. Die bürgerlichen Medien schwenkten sofort darauf ein. Sie lamentierten über „Machterhalt um jeden Preis“ und die „Methoden der Politiker“ schlechthin. Damit sollte verwischt werden, daß es schließlich um Machterhalt und Methoden“ von CDU-Politikern ging. Allen voran die „Frankfurter Allgemeine“, Sprachrohr des Großkapitals, die sich nach Barschels Tod zu folgendem Kommentar verstieg:

„Das Skandalisieren kann ein tödliches Geschäft sein . . . Ob der Tote in seinen beiden letzten Lebensjahren noch realisiert hat, daß über die dunklen Mächtigkeiten, die ihm und seiner regierenden CDU zugutekommen sollten, die SPD viele Wochen ins Bild gerastet worden war? Daß sie kein Sterbenswörtlein verlauten ließ, das für ihn ein Lebenswörtlein hätte sein können, verschleibt die Bewertung der Vorgänge gründlich.“ (FAZ 12.10.87)

Die SPD und Engholm als Zielscheiben der Maßnahmen sollen zu Mittätern gemacht werden. Dies ist eine dreiste Verdrehung der Tatsachen. Daran ändert auch der Tod Uwe Barschels nichts, der Opfer seiner eigenen Verstrickungen wurde. Pfeiffer & Co. sind in kriminelle Handlungen verstrickt. Das Verhalten der SPD-Spitze liegt auf einer völlig anderen Ebene und kann damit nicht gleichgesetzt werden. Es muß vor allem innerparteilich bewertet werden, denn für SPD-Mitglieder bleiben noch viele Fragen offen. Warum hielt die schleswig-holsteinische Parteispitze so lange mit ihrem Wissen hinterm Berg? Verständlich mag noch sein, daß der SPD-Landesvorsitzende Jansen die Angaben Pfeiffers eine Woche vor der Wahl für zu windig hielt, um sie ungeprüft in den Wahlkampf einzubringen. Doch warum schwieg man nach der Wahl noch vier Wochen lang? Warum rief SPD-Pressesprecher Nilus Pfeiffer nicht im Juli/August dazu, seine Aktionen sofort abzubrechen und an die Öffentlichkeit zu gehen?

SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs berichte über die Sitzung des SPD-Präsidiums am Tag nach der Wahl: „Wir sind uns allerdings einig, daß die ganze Affäre keine Partei hilft. Der Verdruß gegen die demokratischen Parteien wird wachsen.“ (Sozialdemokratmagazin 10/87) Wenn dies der Eindruck der Parteiführung schon zwei Tage nach Bekanntwerden des Spiegel-Berichts war, hätte dann nicht eine großangelegte Aufklärungskampagne die Verstrickungen und Mächtigkeiten der CDU deutlich machen müssen? Hätte nicht die schleswig-holsteinische SPD mit Unterstützung der Bundespartei alle ihr bekannten Fakten auf den Tisch legen und die CDU bloßstellen müssen?

Ein falsches Selbstverständnis als „staatstragende“ Partei und unangebrochene „vornehme Zurückhaltung“ im Wahlkampf mögen die Motive gewesen sein. Damit stand sich die SPD aber leizendendes selbst im Weg und bietet den Rechtsparteien jetzt Ansatzpunkte für eine Gegenkampagne. Dies muß eine Lehre für die bevorstehenden Auseinandersetzungen sein.

Die einzige Lösung der verwickelten politischen Lage in Schleswig-Holstein besteht in der Ausschreibung von Neuwahlen – und zwar nicht erst in einigen Monaten, sondern sofort! CDU und FDP haben großes Interesse daran, Neuwahlen möglichst lange hinauszuschieben. Die Gründe sind klar: Sie wollen weitesten etwas Gras über die Sache wachsen lassen und Zeit haben, im Untersuchungsausschuß vor allem die „Rolle“ der SPD zu beleuchten. Die SPD darf sich auf solche Manöver keinesfalls einlassen. Keine faulen Kompromisse und keine Duldung einer Übergangsregierung! Diese Herren dürfen keinen Tag länger im Amt bleiben. Falls der Weg zu Neuwahlen mit fadenscheinigen juristischen Tricks blockiert werden sollte, muß die SPD eine öffentliche Kampagne für sofortige Neuwahlen starten.

Die Rechtsparteien und ihre Medien kämpfen mit allen Mitteln. Die SPD muß klare inhaltliche Aussagen und einen kämpferischen Wahlkampf dagegen setzen, der keine falschen Rücksichten nimmt und schonungslos über den CDU-Filz aufklärt. Sonst könnte die Rechnung der Rechten aufgehen und zu Wählerverruß und Wahlenthaltung zu Lasten auch der SPD führen.

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Haas-Gerd Öfninger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

Bankverbindung: Pötrich Essen, Konto-Nr. 2500 59-430

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

Kampffonds

Eine Druckmaschine für VORAN!

Die Regierung plant jetzt eine Steuerreform. Die Folge wird sein: Finanzminister Stoltenberg zieht den arbeitenden Menschen Milliarden von DM aus den Taschen.

Man sieht: Unseren Lesern, die Normalverdiener, Studenten, Schüler oder Arbeitslose sind, wird von Staats wegen nichts geschenkt. Sie wissen, daß eine marxistische Zeitung aufzubauen heißt, im Augenblick gegen den Strom zu schwimmen und große persönliche Opfer zu bringen. Denn nur von ihnen hängt die Finanzierung unserer Zeitung ab!

Ein solches Opfer hat eine Leserin aus Aachen, Renate Kayitare, zugunsten der Zeitung gebracht. Sie hat der Redaktion nämlich ihr altes Auto zur Verfügung gestellt und verzichtet damit auf den Verkaufserlös von ca. 3500,- DM. Dadurch können erhebliche Fahrtkosten eingespart werden. Dankeschön, Renate!

Außerdem möchten wir diesmal den Rentner und SPD-Genossen Willi Sieberichs aus Aachen erwähnen, der regelmäßig mindestens 10,- DM für die Zeitung spendet. Wir bedanken uns auch bei Hubert Batsch, einem Medizinstudenten aus Köln, der 400,- spendet hat. Große Spenden kamen wieder aus Stuttgart: 117,- DM von Metaller-Azubi Stefan Fisahn, 100,- DM von Hans Blunck, Angestellter, 17,40 DM von Boris Kanzleiter, Schüler, und 20,- DM von Luise Janke, Angestellte. Außerdem möchte eine Leserin, die anonym bleiben möchte, eine verlorene Werte DM 500,- zugunsten des Kampffonds! Der Verlierer ist unser herzliches Mitleid und ein großes Dankeschön!!!

Mit diesen und anderen Spenden erreicht unser Kampffonds-Barometer den Stand von 22.861,25 DM. Aber es gibt noch sehr viel zu tun, bevor wir unser Ziel erreichen.

Als VORAN im Mai Monatszeitung wurde, steckte die Redaktion das Ziel von 100.000,- DM für den Kampffonds bis zum Jahresende. Mit den Spenden sollten „Schritte zum Aufbau einer Druckerei“ unternommen werden. Doch unglücklicherweise mußte



Die zwei Seiten der Türkei

Liebe Genossinnen und Genossen! Diesen Sommer habe ich mit einigen Freunden einen Rucksackurlaub in der Türkei gemacht.

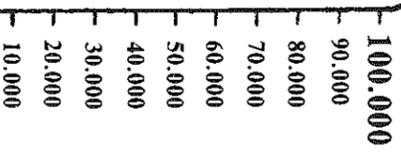
Die Türkei hat eine abwechslungsreiche, aber kriegerische Geschichte. In den letzten drei Jahrtausenden nahmen viele Völker Einfluß auf das Leben in diesem Land. Dies äußert sich dann in den verschiedenen kulturellen Überbleibseln aus der Vergangenheit. So war die Religion immer Mittelpunkt der Menschen und dies hat sich bis heute kaum geändert. An einigen historischen Stätten kann man heute noch die Einflüsse des Christentums erkennen. Ansonsten aber ist der Islam die vorherrschende Religion.

Das Land bietet einiges an kultureller und natürlicher Schönheit und ist im östlichen Teil noch vom Neckermann-Tourismus verschont geblieben, so daß man noch ruhige, idyllische Plätze findet.

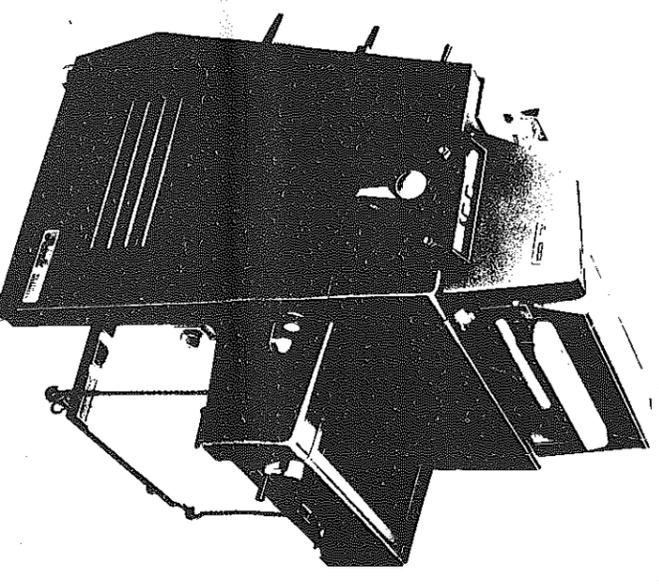
Aber es gibt auch eine Kehrseite der Türkei, und die heißt Armut zum einen und Verbauung der Landschaft zum anderen. Durch den Tourismus der letzten Jahre wittern vor allem die Banken das große Geschäft. Die ganze Küste, von Antalya bis zur griechischen Grenze, wird mit Bungalowsiedlungen bebaut. Aus kostengünstigen Gründen baut man auf sehr kleinem Raum und in einem monotonen Stil.

Auf der einen Seite große Banken

Spendenkonto:
VORAN Postgromt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430



terzeitung VORAN geben wollen. Spricht alle Sympathisanten an. Nur so kann genug Geld reinkommen und die Druckmaschine gekauft werden. Fitz Garvie, Redaktion Köln



Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

und eine kleine, reiche Oberschicht, auf der anderen eine große, recht arme Unterschicht. Dieser krasse Gegensatz wird vor allem in den Großstädten wie Istanbul und Ankara deutlich.

Auch die Luftverschmutzung ist enorm hoch. Ankara soll die Hauptstadt mit der höchsten Luftverschmutzung sein. Bei einem Spaziergang durch die Stadt haben wir das auch gespürt.

Wir hatten auch die Gelegenheit, eine Elektromotorenfabrik zu besuchen. Besonders auffällig war, daß zum Teil Kinder um die 12 Jahre an den Maschinen arbeiten. Weiterhin fiel uns der große Anteil der Frauenarbeit auf und die teilweise unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen.

Neben der negativen Seite ist eines jedoch beispielhaft und das sind die sehr guten Busverbindungen in den Städten sowie über Land, zudem noch zu annehmbaren Preisen.

In der Türkei wird sich noch sehr viel tun. Es lohnt sich, sich näher mit diesem Land zu beschäftigen.

Frank Klobes
Märburg, Student

Azubi gekündigt

Liebe Genossinnen und Genossen, ein Fall von dreier Unternehmerwillkür ist kürzlich im Hamburger Berufsbildungszentrum passiert. Wegen der Weigerung der Geschäftsführung, der Auszubildenden Vertretung einen Raum zur Nutzung zu überlassen, wie

es in einem mit der Gewerkschaft abgeschlossenen Vertrag vereinbart war, kam es zu wochenlangen Auseinandersetzungen zwischen Azubi-Vertretung und Geschäftsführung.

Der Konflikt spitzte sich zu, als der Geschäftsführer ultimativ die Räumung des Zimmers verlangte, mit Polizeinsatz drohte und den Vorsitzenden der Auszubildenden-Vertretung mit körperlicher Gewalt an einem Telefonat mit der Gewerkschaft hindern wollte. Als dieser sich wehrte, griff der Personalleiter ein. Die Folge dieses Vorfalls: fristlos Kündigung und Hausverbot für den Azubi-Vertreter. Die Kollegen haben sich sofort mit ihm solidarisiert. Die Auszubildenden versammelten sich noch am selben Tag zu einer spontanen Informationsveranstaltung vor dem Tor des Berufsbildungszentrums. Die Gewerkschaft leistet Unterstützung und Rechtschutz. Auch verschiedene Juso-AGs und der Juso-Landesausschuß haben sich solidarisiert und Flugblattaaktionen vor dem Berufsbildungszentrum durchgeführt.

Wenn viel Druck mobilisiert wird, kann es gelingen, diese selbstgefällige Geschäftsführung in ihre Schranken zu weisen und die Rücknahme der Kündigung zu erreichen.

Dieter Affeln, Hamburg
Jungsozialist

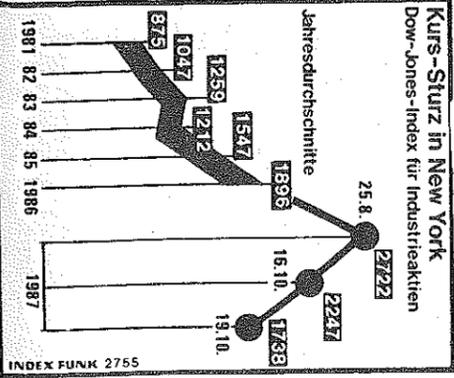
Solidaritätsschreiben an: Berufsbildungszentrum e.V., z.Hd. Jugendvertretung, Wisendam 22b, 2000 Hamburg 60

„Schwarzer Montag“ an der Börse Kapitalistischer Aufschwung auf tönernen Füßen

Der Bösenkrach im Oktober hat der Welt des Finanzkapitals und ihren Strategen einen nachhaltigen Schock versetzt. Parallelen zum „Schwarzen Freitag“ von 1929 drängten sich auf, der eine tiefe Depression der Weltwirtschaft nach sich zog. Damals fiel an der Wall Street der Dow-Jones-Index, der die Kurse der 30 wichtigsten Industriaktien der USA anzeigt, an einem Tag um 12,8%.

Dieser Rekord wurde am 19. Oktober diesen Jahres sogar noch übertroffen. Der Dow-Jones fiel um 22,6%, nämlich von 2246 Punkten auf 1738 Punkte. Fast alle Börsen der Welt erlebten an diesem und den folgenden Tagen die tiefsten Tageseintrüche ihrer Geschichte.

Für die Börse kam dieser Schlag scheinbar aus heiterem Himmel. Erst Anfang 1987 feierte Wall Street das Überschreiten der 2000-Punkte-Marke beim Dow-Jones. Im August erreichte er mit 2722 seinen historischen



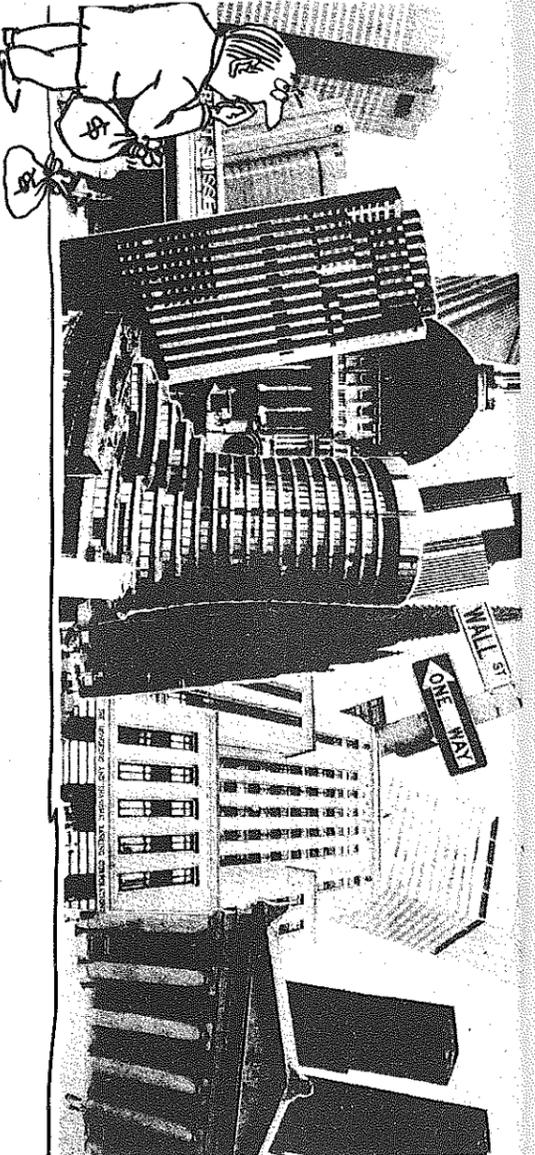
Kurs-Sturz in New York
Dow-Jones-Index für Industriaktien

- durch den Fall der Rohstoffpreise, die heute auf dem Niveau der 30er Jahre stehen; dadurch verbilligten sich die Rohstoffimporte der Industrieländer, das allgemeine Preisniveau konnte dort relativ stabil gehalten werden - allerdings zu Lasten der Dritten Welt.

Die USA stopften ihr Haushaltsdefizit, indem sie durch Hochinsulpolitik Kapital aus aller Welt anzogen. Dadurch stieg der Dollar, der schließlich völlig überwertet war. Die USA waren mit dieser Politik die Lokomotive der Weltkonjunktur. Die Wachstumsraten Europas z. B. gingen zum großen Teil auf das Konto verstärkter Exporte in die USA. Die Kehseite der Medaille: ein ständig gewachsenes Handelsbilanz-Defizit der USA (1986: 156 Mrd. Dollar).

Höhenflüge an den Börsen

Hoher Dollar-Kurs, Preisstabilität und Wachstumsraten (wenn auch, auf auch der Hintergrund für die noch nicht dagewesenen Höhenflüge an den Börsen in den letzten Jahren. Doch die Leistungskraft einer Wirtschaft in Brutto-Produkt an der Ausweitung der Industrieproduktion, der Basis für allen wirtschaftlichen Reichtum, und der Investitionsquote. Die Investitionen in die Industrie stiegen aber während des ganzen Aufschwungs nur minimal. Produktionskapazitäten wurden abgebaut oder nicht voll ausgenutzt. Da es in vielen Branchen nur wenig Aussichten auf steigende Absatzmärkte gab und die Profitraten (d.h. das Verhältnis von eingesetztem Kapital zum Gewinn) nicht hoch genug erschienen, legten die Unternehmer ihr Kapital lieber anderweitig an: bei Banken, in Devisen- und Aktienspekulationen, in Firmenaufkäufen. Die Rekorddifferenz bei Firmenaufkäufen oder Aktienkursen waren deshalb keines-



wegs ein Zeichen für eine gesunde Wirtschaft, sondern im Gegenteil für mangelndes Vertrauen des Kapitals in die industrielle Entwicklung.

Die Aussicht auf den schnellen Gewinn an der Börse ließ die Aktienkurse in schwindelerregende Höhen steigen, die oft in keinem Verhältnis mehr zur tatsächlichen Leistungsstärke der betreffenden Unternehmen standen. Die Zahl der Dollar-Milliardäre verdoppelte sich 1986 in den USA. Man sprach bereits von einer „Casino-Gesellschaft“. Die Kapitalisten betätigten sich überwiegend in parasitären Spekulationen.

Das Ausmaß der Spekulationsgewinne läßt sich auch daran ablesen, daß die Kapitalanleger allein am Tag des tiefsten Börsensturzes, am 19. Oktober, Verluste in Höhe von 1100 Milliarden Dollar hinnehmen mußten. Das ist so viel wie die gesamte Verschuldung der Dritten Welt!

Die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln und damit die Schwäche und Labilität des Booms der letzten Jahre - das ist die eigentliche Ursache der hektischen Ausschläge an den Weltbörsen. Die unmittelbar ausbleibenden Faktoren waren dagegen zweitrangig (weiterer Fall des Dollars, Zinsrückgang der Bundesbank, schlechte Monatsergebnisse in der US-Handelsbilanz). Sie haben den Kapitalanlegern nur signalisiert, daß es offenbar keine Strategie zum Abbau des amerikanischen Haushalts- und Handelsdefizits

gibt, daß die internationale Kooperation zur Ausweitung der Absatzmärkte zu wünschen läßt.

Druck auf Europa

Dem die US-Regierung versucht seit geraumer Zeit, die Konkurrenzfähigkeit ihrer Wirtschaft zu stärken und ihre Probleme auf Kosten der anderen Industrieländer zu lösen. So ließ sie den Dollar bewußt fallen (die Abwertung betrug in den letzten einhalb Jahren 40%), wodurch sich die US-Waren auf dem Weltmarkt verbilligten. Sie übten Druck aus, durch verstärkte staatliche Ausgabepolitik die Rolle der Lokomotive in der Weltwirtschaft zu übernehmen. Dadurch hofften die USA, ihr Haushaltsdefizit abzubauen und ihre Waren auf den weiteren Märkten in Europa und Japan absetzen zu können. Doch z. B. die Bundesregierung zeigte bisher wenig Bereitschaft, durch höhere Staatsverschuldung die Probleme der USA lösen zu helfen. Entsprechend den Dechnungsgesetzen der kapitalistischen Konkurrenz steigen die Spannungen zwischen den imperialistischen Staaten bei stagnierenden oder künftighin schrumpfenden Weltmärkten, der Kampf um Marktanteile spitzt sich zu.

Perspektiven

Was bedeutet nun der Börsenkrach für die weiteren weltwirtschaftlichen Perspektiven? Glaubt man den Beschwörungen der Politiker und der meisten bürgerlichen Medien, so war alles gar nicht so schlimm; es handle sich um normale Ausschläge und Risiken an der Börse, die Wirtschaft sei „im Kern gesund“. Doch diese Beruhigungsspielen sind überwiegend Propa-

ganda. Tatsächlich war es ein tiefer psychologischer Schock, der das Vertrauen des Kapitals in die wirtschaftliche Zukunft nachhaltig erschüttert hat. Könnte man bisher von der Möglichkeit eines weiteren Vorwärtsfolgers des mickrigen Booms bis ins Jahr 1989/1990 ausgehen, so hat der Börsenkrach diese Aussichten verschlechtert. Erst ein Wendepunkt in der Entwicklung und dann der Einbruch der Rezession vielleicht schon im nächsten Jahr bedeuten; einer Rezession, die tiefer sein könnte, als bisher zu erwarten war.

Lediglich durch umfassende internationale Zusammenarbeit, durch verstärkte Staatsverschuldung vor allem in Europa und Japan könnte diese Entwicklung noch einmal künstlich hinausgeschoben werden.

Ob dies in Anbetracht verschärfter internationaler Konkurrenz gelingt, werden die nächsten Wochen und Monate zeigen. Doch das würde bedeuten: Der danach fällige wirtschaftliche Einbruch könnte sich - verbunden mit einem enormen Inflations Schub - zu einer regelrechten Depression, vergleichbar der in den 30er Jahren, auswaschen.

Auswirkungen

Wie sich die Wirtschaftspolitikler und -strategen auch immer drehen und wenden mögen: Die nächste Rezession kommt bestimmt, und sie wird in jedem Fall tiefer als alle bisherigen der Nachkriegszeit sein.

Alle Juso-AGs sollten dieses Thema in den nächsten Wochen auf die Tagesordnung setzen und diskutieren. Denn es wird Auswirkungen auf das Bewußtsein von Arbeitern, Parteien und Gewerkschaftsmitgliedern haben. Die Erwartung eines fortwährenden Aufschwungs, eines Ausbaus der „Zweitmittel-Gesellschaft“, einer wachsenden Schicht von „Yuppies“ und Mittelständlern - all dies wird sich als das erweisen, was es immer war: Illusionen, die auf kapitalistischen Sand gebaut sind.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Bundeskongreß der Jungsozialisten in Castrop-Rauxel: Verraparte Chancen trotz guter Möglichkeiten

Hauptthema des diesjährigen Jungsozialistenkongresses in Castrop-Rauxel war die Position der Jungsozialisten zum neuen SPD-Grundsatzprogramm. Die innerparteiliche Diskussion um den Irseer Programmtext bietet den Jungsozialisten eine hervorragende Möglichkeit, in der SPD für ein sozialistisches Programm zu kämpfen. Auf der Grundlage der historischen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung, einer marxistischen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft,

den Lehren der sozialberaten Regierung und der Serie von Wahlniederlagen der SPD kann die Notwendigkeit eines sozialistischen Parteiprogramms deutlich gemacht werden.

Der Irseer Entwurf bleibt voll im Rahmen des kapitalistischen Systems und stellt kaum einen Fortschritt dar (siehe VORAN Nr. 92). Statt einen eigenen Entwurf zum Grundsatzprogramm zu diskutieren, beschloß der Bundeskongreß nur Verbesserungs-vorschläge zum Parteientwurf. Sie zei-

gen aber insgesamt keine alternative Strategie auf, sondern doktern nur an Parteipositionen herum. Doch man kann kaum etwas verbessern, was grundsätzlich in die falsche Richtung geht.

Im Grundsatzantrag zum Irseer Entwurf heißt es:

„Wir erwarten... die Verständigung auf ein konsequentes Reformkonzept mittlerer Reichweite. Hierdurch sollen programmatische Grundlagen für linke Hege-monie und Mehrheitsfähigkeit in den 90er Jahren gefunden werden.“

Damit werden Illusionen in die Reformierbarkeit des kapitalistischen Systems verstärkt. Denn ein konsequentes und dauerhaftes Reformprogramm braucht eine stabile wirtschaftliche Grundlage. Der Kapitalismus wird aber in den 90er Jahren in eine tiefe wirtschaftliche Krise geraten.

Nur VORAN-Unterstützer machen in ihren Redebeträgen klar, daß es die Pflicht von uns Jungsozialisten wäre, die Notwendigkeit der sozialistischen Umwälzung in der Partei, der Arbeit-

terbewegung und der Jugend zu erklären. Wir müßten deutlich machen, daß die drängenden Probleme wie Ausrichtung, Umweltschmutzung, Arbeitslosigkeit usw. nur ernsthaft angegangen werden können, wenn das Kapital entmachtet wird und die Mehrheit der Bevölkerung - die Arbeiterklasse - die Gesellschaft demokratisch bestimmt. Und zwar nicht nur in Grundsatzpapieren, die in irgendwelchen Akenschränken verstauben, sondern in der täglichen Arbeit müssen diese Positionen anhand konkreter Probleme erklärt werden.

Rechtswende

des Bundesvorstandes

Zwischen den großen Fraktionen, den „Undogmatischen“ und dem „Hannoveraner Kreis“ gab es fast nur noch organisatorische Querelen. Politische Unterschiede sind seit der fortschreitenden Rechtswende der „Hannoveraner“ immer nebensächlicher geworden. Die „Hannoveraner“ stehen heute offen zum Reformismus, den sie früher zurecht vehement kritisierten. Und die „Undogmatischen“ begriffen genau diese Rechtswende:



Juso-Werbmateriale:
penliche Anbiederung an
angebliche Jugendkultur

„Interview“ mit Marx, Engels und Luxemburg zum Irseer Programmentwurf

„Ein neues Programm sollte keinen Rückschritt enthalten.“

Voran: Der grundsätzliche Unterschied zwischen dem Irseer Entwurf und Parteiprogrammen zu Eurer Zeit besteht darin, daß heute ein klares Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie abgegebener wird, in die der demokratische Sozialismus eingebracht werden soll. Es heißt: „Die Bundesrepublik ist unser Staat.“ Was ist Euerer Position dazu?

Engels: Wie jede andere Regierungsform, so wird auch die Republik durch das bestimmt, was ihren Inhalt ausmacht. Es ist deshalb eine ganz unverzählige Illusion, sie ihrem Wesen nach für eine sozialistische Form zu halten. Wir können ihr Konzessionen erteilen, aber sie niemals mit der Ausführung unserer eigenen Aufgaben betrauen.

Voran: Dann stimmt es also nicht, wenn der Irseer Entwurf behauptet: „Dank der politischen Demokratie ist unser Staat kein Klassenstaat mehr.“?

Engels: Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel

Voran: Warum habt Ihr in Eueren Schriften so stark den Klassencharakter des Staates betont?

Marx: Weil gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat. Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die „Verwirklichung der Idee“ oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staats und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und

bestimmten Höhepunkt erreicht, dann fangen an die Interessen der Bourgeoisie als Klasse und die der ökonomischen Evolution auch im kapitalistischen Sinne auseinanderzugehen.

Voran: Was bedeutet das für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft?

Marx: Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann. Das politische Werkzeug ihrer Verklawung kann nicht als politisches Werkzeug ihrer Befreiung dienen.

Voran: Wie hat die Pariser Kommune gehandelt?

Marx: Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andre Arbeiter empfangen.

greifung der Arbeiterklasse als Ziel aus den Programmen der SPD verschwand?

Luxemburg: Man dachte, es ist nur nötig, die alte Regierung zu stürzen, eine sozialistische Regierung an die Spitze zu stellen, dann werden Dekrete erlassen, die den Sozialismus einführen. Das war wiederum nichts als eine Illusion. Der Sozialismus wird nicht gemacht und kann nicht gemacht werden

nach und nach so ausgezeichneten sozialistischen Regierung. Der Sozialismus muß durch die Massen, durch jeden Proletarier gemacht werden. Dort, wo sie an die Kette des Kapitals geschmiedet sind, dort muß die Kette zerbrochen werden. Nur das ist Sozialismus, nur so kann Sozialismus gemacht werden.

Voran: Wie soll diese sozialistische Umgestaltung vor sich gehen?

Engels: Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befriert es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmten Plan wird nunmehr möglich.



Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibeigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.

Voran: Die Existenz des Staatsapparates ist also das Eingeständnis der Gesellschaft, daß sie eine Klassengesellschaft ist?

Engels: Er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einem unlöslichen Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstrebenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangen, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.

seine wohlbestallten Behörden. Und man glaubt schon einen ganz gewaltig klünnen Schritt getan zu haben; wenn man sich frei gemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In der Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.

Voran: Die schonungslose Kritik an der bürgerlichen Demokratie kann aber doch nicht heißen, daß Marxisten die demokratischen Rechte nicht verteidigen.

Rosa Luxemburg: Zunächst ist der heutige Staat die Organisation der herrschenden Kapitalistenklasse. Wenn er im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung verschleuderte Funktionen von allgemeinem Interesse übernimmt, so nur, weil und insofern diese Interessen mit den gesellschaftliche Entwicklung mit den Interessen der herrschenden Klasse im allgemeinen zusammenhängen. Der Arbeiterschutz z.B. liegt ebenso sehr im unmittelbaren Interesse der Kapitalisten als Klasse wie der Gesellschaft im Ganzen. Aber diese Harmonie dauert nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt der kapitalistischen Entwicklung. Hat die Entwicklung einen

Voran: Und wie war die Kommune aufgebaut?

Marx: Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.

Voran: Worin liegt der Unterschied zwischen Parlamentswahlen und den Wahlen der Pariser Kommune?

Marx: Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- oder zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen. Und es ist bekannt genug, daß Gesellschaften, ebensogut wie Einzeln, in wirklichen Geschäftsfällen gewöhnlich den rechten Mann zu finden und, falls sie sich einmal täuschen, dies bald wieder gutzumachen wissen.

Voran: Der Irseer Entwurf ist in Bezug auf die Staatsfrage das genaue Gegenteil Eurer Ansichten. Wie kam es, daß im Laufe der Zeit die politische Machter-

Die Entwicklung der Produktion macht die fernere Existenz verschiedener Gesellschaftsklassen zu einem Anachronismus.

Voran: Das Staats Eigentum an Produktionsmitteln ist also die Voraussetzung für den Sozialismus.

Engels: Das Staats Eigentum an den Produktionskräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabung der Lösung.

Voran: Der Irseer Entwurf zeigt u.a. die Gefahr der atomaren Zerstörung der Erde auf. Der Programmentwurf fordert eine Politik der Entschärfung von Machtkonflikten, des Interessenausgleichs, friedliche Systemkonkurrenz und gemeinsame Abrüstungsanstrengungen.

Engels: Wo es keine Gemeinsamkeit der Interessen gibt, da kann es auch keine Gemeinsamkeit der Ziele, geschweige des Handelns geben.

Luxemburg: Der kapitalistische Imperialismus soll „moralisch“ werden. Das ist ungefähr dasselbe, wie von der Prostitution zu verlangen, sie soll „moralisch“ werden.

Voran: Das Weitzisten folgt also aus der Logik des Systems?

Luxemburg: Man muß doch geradezu die Augen schließen, um nicht zu sehen, daß die Rüstung eine naturwörtliche Konsequenz der ganzen ökonomischen Entwicklung ist. Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Kriege nicht aufhören.

Voran: Können dann intern Abkommen und Schiedsentscheidungen wie die UNO internationale Kriege und militärische Auseinandersetzungen verhindern?

Luxemburg: Der Schiedsgericht nicht nur utopisch, sondern gefährlich und schädlich, weil er Illusionen den möglichen Sinn und die nützliche Wirksamkeit diplomatischer Verhandlungen erweckt; gefährlich und schädlich, weil er die politische Orientierung der Massen, ihre Einsicht in die Zusammenhänge und Trends der Entwicklung verbeut und weil er die Aufmerksamkeit der Tatisten von dem ablenkt, woran die Arbeiter allein ankommen.

Voran: Wir denken, daß es der SPD ist, offen und eindeutig die Aufstufung anzuzureiten.

Luxemburg: Aber diese Politik nicht darin bestehen, daß die sozialdemokratischen Parteien jede Form oder gemeinsam auf internen Konferenzen um die Weiße Fresse machen und Rezepte für die bürgerliche Demokratie auskugeln, wie die Friedens schließen soll, um die friedliche und demokratische Evolution zu ermöglichen. Alle Formen, die etwa auf die völlige ständige Abrüstung und dergleichen hinauslaufen, sind samt und sonders utopisch, solange die kapitalistische Klassengesellschaft das Heft in den Händen behält.

Voran: Der Irseer Entwurf gibt res Bekenntnis ab zur Bundeswehr heißt: „Die Bundeswehr darf nur a desverteidigung dienen!“

Luxemburg: Hier haben wir als Basis der ganzen politischen Forderung jene famose Unterscheidung zwischen Verteidigungskrieg und Angriffskrieg. Was ist in der Verteidigungskrieg? Wer wird er nehmen, mit Sicherheit von einer Seite zu behaupten, er gehöre zu oder jener Kategorie? Und wie late es für die Diplomate eines Militäres, durch einfache Lücken und Tücken einen schwachen Gegner zum / zu zwingen, wenn ihm selbst der erwünscht ist?

Voran: Der Irseer Entwurf bezieht sich zu den Grundwerten „Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität“.

Engels: „Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ ist eine sehr bedenkliche Phrase statt hebung aller Klassenunterschiede.

Voran: Wie steht es mit der Gerechtigkeit. Habt Ihr was gegen eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Produkts?

Marx: Was ist „gerechte Verteilung“? Behaupten die Bourgeois nicht, die heutige Verteilung „gerecht“ ist, ist sie in der Tat nicht die einzig richtige? Verteilung auf Grund der heutigen Produktionsverhältnisse? Welche ökonomischen Verhältnisse Rechtsbegriffe geregelt, oder entgegen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen?

Voran: Ist die Begründung des Sozialismus durch Grundwerte dann erschwerend?

Luxemburg: Die Begründung des Sozialismus durch moralische Gerechtkeitsbegriffe, der Kampf gegen die teilungsweise statt gegen die Produktionsweise, die Auflassung der Klagen als Gegensatz von artgerecht, ist schon einmal dagewesene. Aber nachdem einmal die Enttarnung des Klassenkampfes selbst unter gesellschaftlichen Bedingungen Abstreifung dieser Theorien und Formulierung der Grundsätze der wissenschaftlichen Sozialismus geschehen hat, kann es – wenigstens in Deutschland – keinen Sozialismus mehr geben. Marx sehen, keinen sozialistischen Klassenkampf außerhalb der Sozialistischen Demokratie geben. Nunmehr sind Sozialismus und Marxismus, proletarischer Emanzipationskampf und Sozialismus identisch.

Voran: Welche Bedeutung hat Grundsatzzprogramm für die SPD?

Friedrich Engels: Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an als auf das tatsächliche. Aber ein neues Programm doch immer eine öffentliche Pflanze Fahne, und die Außenwelt urteilt danach die Partei. Es sollte keinestfalls einen Rückschritt enthalten.

Diese Seiten wurden zusammengestellt von Beck, Stuttgart, SPD-Mitglied.

Die Zitate von Marx, Engels und Luxemburg sind aus folgenden Schriften: Kommunismus Manifest; Engels: Sozialismus von der Utopie Wissenschaft; Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates; Marx: Kritik des Grundgesetzes, Bürgerkrieg in Frankreich, 18 Brünne; Luxemburg: Gesamte Werke, Ba-

Vor 80 Jahren:

Internationaler Sozialistenkongress in Stuttgart

Vom 18.-24. August 1907 fand in Stuttgart der 7. Kongreß der Sozialistischen Internationale statt. 884 Delegierte, Vertreter von sozialistischen Parteien und Gewerkschaften nahmen an diesem historischen Ereignis teil. Darunter waren die prominentesten Vertreter der Arbeiterbewegung: Bebel, Kautsky, Mehring, Luxemburg, Liebknecht, Zetkin, Lenin, Trotzki, Jaures, Adler, Vandervelde.

Beschlüsse, Verlauf und Stimmung des Kongresses sowie der Massenkundgebung am Nachmittag des Eröffnungstages gehören zu den Glanzseiten in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Wer die Protokolle liest, wird neidisch. Wo finden heute noch Kongresse mit solch leidenschaftlichen und politisch niveauvollen Debatten statt?

Im Nachhinein betrachtet liefert dieser Sozialistenkongreß von 1907 eine Erklärung für den heutigen Zustand der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien. Hinter den Meinungsverschiedenheiten von 1907 verbarg sich bereits die Kluft zwischen Marxismus und Reformismus.

Der Marxismus setzte sich in den Resolutionen von 1907 durch. Der Reformismus stieg in der praktischen Politik. Und im Laufe der Zeit gelang es den reformistischen Kräften sogar, den Marxismus aus den Resolutionen und Grundsatzprogrammen zu verbannen. Zum Verständnis des Sozialistenkongresses von 1907 und der nachfolgenden Entwicklung ist es notwendig, die Geschichte des letzten Vortells des 19. Jahrhunderts zu betrachten.

Imperialismus

Im späten 19. Jahrhundert hatte der Kapitalismus aufgehört, im nationalstaatlichen Rahmen eine fortschrittliche Rolle zu spielen. Die Produktivkräfte waren bis zum Punkt der Überproduktion entwickelt. Eine sozialistische Gesellschaft wäre bereits ab diesem Zeitpunkt fähig gewesen, die Gesellschaft harmonisch weiterzuentwickeln. Die Arbeiterklasse war jedoch noch nicht in der Lage, eine sozialistische Umgestaltung durchzuführen. Die Bourgeoisie versuchte, mit den Wirtschaftskrisen auf ihre Art fertig zu werden. Sie zog von ihren nationalstaatlichen Stützpunkten hinaus in die ganze Welt. Überschüssige Waren und Kapital wurden exportiert. Der Weltmarkt wurde geschaffen. Um die Jahrhundertwende war die Welt unter den kapitalistischen Großmächten aufgeteilt. Jede Neuaufteilung mußte zu Kriegen führen, denn Krieg ist die Fortsetzung des internationalen Konkurrenzkampfes mit anderen Mitteln.

Massenparteien

Die imperialistische Entwicklung des Kapitalismus bedeutete für die Arbeiterklasse in Europa eine neue Stufe ihrer Entwicklung. Wie Marx vorausgesehen hatte, entstanden auf der Grundlage einer wachsenden Arbeiterschaft Massenorganisationen des Proletariats. Dies bereitete den Aufbau einer neuen Internationale auf höherer Ebene vor. Die Zweite Internationale wurde auf dem theoretischen Fundament des Marxismus aufgebaut und konnte - im Gegensatz zur Ersten Internationale - einen Massencharakter annehmen.

Am 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille wurde am 14.7.1889 in Paris die Zweite Internationale gegründet. Der 1. Mai als internationaler Kampftag geht auf einen Beschluß dieses Gründungskongresses zurück.

Reformismus

Wegen des anhaltenden Aufschwungs gerieten die Führungskreise der internationalen Sozialdemokratie zunehmend unter den Druck und den Einfluß ihrer kapitalistischen Umwelt. Kompromisse und Verhandlungen über Kleinigkeiten mit den Vertretern der herrschenden Klasse wurden ihnen zur Gewohnheit. Während das Elend in den Kolonien wegen der unbeschränkten imperialistischen Ausplünderung absolut zunahm, erhielten die Arbeiter in Europa aufgrund des Drucks ihrer Massenorganisationen höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen. Vor

allem aber verbesserten sich die Lebensbedingungen der parlamentarischen Vertreter und Funktionäre der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Schließlich hatte sich der Charakter der Führung der proletarischen Massenorganisationen vollständig verändert. Noch immer unterstützten diese Leute in Worten die Ziele des Sozialismus, noch immer verkündeten sie in wohlklingenden Worten den Internationalismus, aber in der Praxis hatten sie sich auf den Standpunkt der Verteidigung des kapitalistischen Systems und ihrer jeweiligen Nationalstaaten gestellt. Dieser sich allmählich vollziehende, politische Verfall von Teilen der internationalen Sozialdemokratie wurde erst bei Ausbruch des 1. Weltkrieges offenkundig.

SPD

Die deutsche Sozialdemokratie war für diese Entwicklung das beste Beispiel. Aufgebauert auf dem Erbe von Marx und Engels, angezogen zu einer echten Massenpartei der Arbeiterklasse war sie die führende Partei, der ganze Stolz der Sozialistischen Internationale. Jahrzehntlang hatten die SPD-Führer die historische Aufgabe der Sammlung der proletarischen Massen erfüllt. Als sich Anfang des 20. Jahrhunderts die Weltlage und die Klassenverhältnisse in Deutschland verschärften, waren sie nicht mehr instande, die neuen Aufgaben einer neuen Periode zu erfassen und entsprechende Kampfmethoden anzuwenden. Der rechte, offen reformistische Parteiflügel um Bernstein gewann immer mehr Einfluß. Der SPD war das



Titelseite der Zeitung der württembergischen SPD am 17.8.1907.

revolutionäre Rückgrat gebrochen. Diese Wendung innerhalb der SPD konnte auf die II. Internationale nicht ohne Auswirkung bleiben, wie sich 1907 in Stuttgart zeigte.

Zwischen dem Amsterdamer und Stuttgarter Kongreß lag das größte historische Ereignis der Arbeiterbewegung seit der Pariser Kommune: die russische Revolution von 1905. Aber die Führer der II. Internationale hielten es nicht für nötig, die Bedeutung dieser

Revolution deutlich zu machen und aus ihrer Niederlage die Lehren zu ziehen. Auf der Tagesordnung des Kongresses standen folgende Punkte:

1. Die Kolonialfrage
2. Frauenstimmrecht
3. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und Gewerkschaften
4. Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter
5. Der Militarismus und die internationalen Konflikte

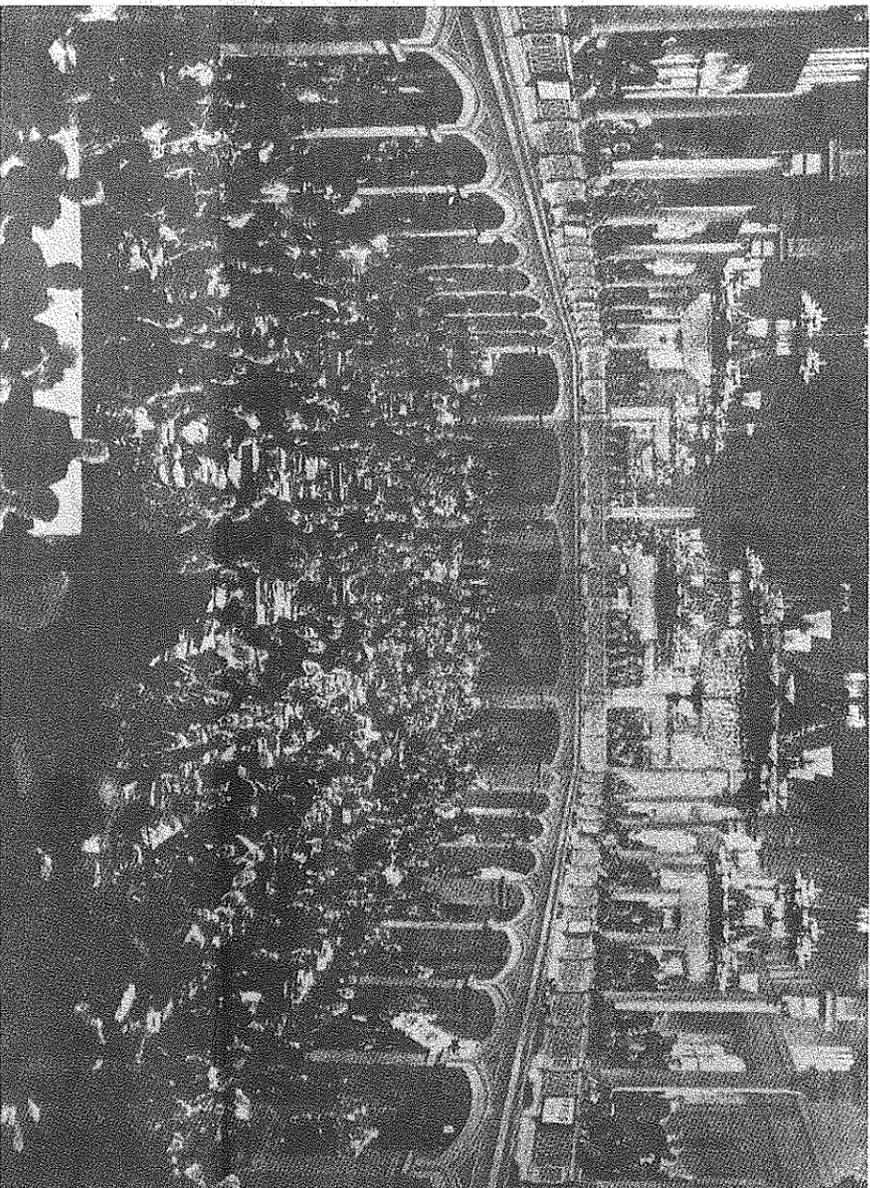
Kolonialpolitik

Die früheren Kongresse hatten die Kolonialpolitik prinzipiell abgelehnt. Diese Position wurde in der Antragskommission nur noch von einer kleinen Minderheit verteidigt. Für die Reformi-

werkchaften versuchten sie, sich der Verpflichtung zur Umsetzung der radikalen Kongreßbeschlüsse zu entziehen. Dieser Versuch scheiterte jedoch auf dem Kongreß.

Ausländerfrage

In der Diskussion über die Ein- und Auswanderung der Arbeiterklasse setzte sich die Kluft zwischen Marxisten und Reformisten fort. Die Reformisten brachten die Beschränkung der „Überstellungsfreiheit“ für rückständige Arbeiter aus unterentwickelten Ländern in die Diskussion. Der Kongreß lehnte das ab und forderte stattdessen die „Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Lande



Eröffnungssitzung des Kongresses im Festsaal der Liederhalle 18. August 1907

sten war die Unterstützung ihrer Kolonialpolitik ein Kernpunkt ihrer Politik. Mit der Begründung, daß kein direkter Übergang von der Barbarei zum Sozialismus möglich sei, wurde die gewaltsame Einbeziehung der unterentwickelten Länder in das kapitalistische Weltsystem gerechtfertigt. Außerdem wurde erklärt, daß Europa die Kolonien brauche wegen der unentbehrlichen Rohstoffe, als Auswanderungsgebiet für die Überbevölkerung und schließlich als Absatzgebiet für die Überproduktion der europäischen Industrie.

Im Resolutionsentwurf stand der Satz: Der Kongreß „verwirft nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime politisch wirksam wirken können“.

Der Kongreß folgte nicht der reformistischen Mehrheit der Antragskommission, sondern dem Änderungsantrag der Minderheit. Danach wurde mit einer Mehrheit von 127 zu 108 Stimmen der Satz über die „sozialistische Kolonialpolitik“ gestrichen und durch die bis dahin schärfste Verurteilung der Kolonialpolitik durch einen Sozialistenkongreß ersetzt. Allerdings entwickelte die Linke auch keine Perspektiven darüber, wie die sozialistische Revolution der entwickelten und unterentwickelten Länder miteinander verknüpf sein könnte. Sie hatte keine Vorstellung, welche Haltung ein sozialistisches Regime eines Industriestaates gegenüber den unterentwickelten Ländern einnehmen müßte.

Gewerkschaften

In der Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften vertrat die Mehrheit der Neutralität der Gewerkschaften durchzusetzen. Die Hälfte der deutschen Delegation waren Gewerkschaftsführer. Sie bildeten einen Teil des rechten Flügels auf dem Kongreß. Mit der Neutralität der Ge-

und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren...

Frauenwahlrecht

Gleichzeitig mit dem Sozialistenkongreß fand in Stuttgart 1907 zum ersten Mal eine Internationale Sozialistische Frauenkonferenz und der Gründungskongreß der Sozialistischen Jugendinternationale statt. In der Diskussion über das Frauenstimmrecht begrüßte der Kongreß ausdrücklich die Abhaltung der Frauenkonferenz und verpflichtete in einer einstimmig angenommenen Resolution alle nationalen Parteien zum Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht.

Militarismus

Das bedeutendste Ergebnis des Stuttgarter Kongresses war die Resolution zum Tagesordnungspunkt: Der Militarismus und die internationalen Konflikte, Grundlage der Diskussion war ein Resolutionsentwurf von August Bebel. Bebel hielt eine Rede, in der ein Abschwanken von der revolutionären Vergangenheit offensichtlich wurde. Die Rede wurde von allen Seiten heftig kritisiert. Die tiefen Gegensätze unter den Delegierten waren kaum zu überbrücken. Erst ein radikaler Zusatz zur Resolution Bebel, von Rosa Luxemburg und den russischen Delegierten Lenin und Marrow eingebracht, ermöglichte einen Kompromiß und die einstimmige Annahme der Resolution. Luxemburg, Lenin und Marrow gelang es mit ihrem Zusatzantrag, dem revolutionären Marxismus zum Sieg zu verhelfen. Die Sozialisten wurden verpflichtet, nicht nur gegen den Ausbruch von Kriegen bzw. für deren rasche Beendigung zu kämpfen, sondern auch „die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrittelung des Volkes auszunutzen

und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.

Der Kongreß endete mit folgenden Worten des Kongreß-Vorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Paul Singer: „Jeder gehe mit dem Bewußtsein in sein Land zurück, weiter zu arbeiten, weiter zu wirken, die Arbeiterklasse der Welt zu organisieren, ihre Herzen und Köpfe zu revolutionieren, um sie reif zu machen für den einstufigen großen Entscheidungskampf (das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle: stürmischer, langanhaltender Beifall?). Kameraden! Mit dem Wunsch auf Wiedersehen in Kopenhagen schließe ich den Kongreß mit unserem alten Kampfruf: Hoch die internationale, revolutionäre Sozialde-

mokratie und das Proletariat aller Länder!“

1912 fand vor dem Hintergrund der unmittelbaren Gefahr des Weltkrieges der letzte Kongreß der II. Internationale statt. In dem vom Kongreß einstimmig angenommenen „Manifest der Internationalen“ wurden die entscheidenden Absätze der Stuttgarter Resolution gegen den Krieg zitiert. Mit allen Mitteln (einschließlich Generalstreik und Bürgerkrieg) sollte ein sinnloses Gemetzel zwischen den Völkern verhindert werden. Das war das letzte Wort der II. Internationale vor dem Krieg.

Erster Weltkrieg

Zwei Jahre später stimmten die Parlamenstraktionen der großen Parteien der Internationale in Deutschland wie in Frankreich für die Kriegskredite. Fast alle Führungen der Parteien der II. Internationale gingen mit Kriegsausbruch in das Lager ihrer jeweiligen nationalen Bourgeoisie über, die sie vorher für die Kriegstreiber verantwortlich gemacht hatten. Sie stellten sich „mit dem Willen zum Siege“ und zum „Durchhalten“ auf Seite der noch unlängst als Vertreter gebrandmarkten herrschenden Klassen und ihrer Regierungen, schlossen sich mitverantwortlichen und machten sich mitverantwortlich, daß sich die Arbeiter aller Länder gegenseitig auf den Schlachtfeldern des 1. Weltkrieges ermordeten.

Dieses Vergehen am Sozialismus kam so unerwartet, daß selbst Lenin die Aussage des „Vorwärts“, die sich für die Zustimmung zu den Kriegskrediten aussprach, für eine Fälschung des deutschen Generalstabs hielt. Die in jahrzehntelanger Arbeit mit großen Opfern aufgebaute Internationale brach damit bei ihrer ersten ernsthaften Bewährungsprobe innerhalb weniger Tage zusammen.

Ursel Beck, Stuttgart
SPD-Mitglied

Tarifrunde im Einzelhandel Hände Weg vom Ladenschluss!

1830 Feierabend

Gewerkschaft
HBV im DGB
Münster
Köln

Im Verein mit der Bonner Wenderregierung versuchen die Arbeitgeber im Einzelhandel derzeit eine Bresche für die Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu schlagen. Das Ladenschlussgesetz soll aufgeweicht werden, um längere Öffnungszeiten im Einzelhandel durchzusetzen. Die Regierung, besonders die FDP, will einen „Dienstleistungsabend“ einführen, an dem die Geschäfte (aber auch Behörden) bis 21.30 Uhr geöffnet haben – angeblich aus Gründen der „Verbraucherfreundlichkeit“.

Mit diesem Argument wird versucht, Verbraucher gegen die Beschäftigten im Einzelhandel auszuspielen. Aber die Masse der Verbraucher ist auch abhängig beschäftigt. Auch sie werden letztlich die Betroffenen sein, wenn den Unternehmen in einer Branche der Durchbruch in Richtung flexible Arbeitszeiten gelingt. Die Arbeitgeber im Einzelhandel wünschen sich schon lange die sogenannte „kapazitätsorientierte, variable Arbeitszeit“ (KAPOVAZ), d.h. die Anpassung der Arbeitszeit an die Stoßzeiten im Geschäft. Und die Unternehmer anderer Branchen wünschen sich eine Anpassung der Arbeitszeit an Auftragslage und Auslastung der Maschinen.

Schlechte Arbeitsbedingungen

Die Beschäftigten im Einzelhandel sollten daher in ihrem Kampf gegen die Ausdehnung der Arbeitszeiten von allen abhängig beschäftigten Verbrauchern unterstützt werden. Die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel sind ohnein auch jetzt schon sehr schlecht: Arbeitszeit bis 18.30 Uhr und darüber hinaus, Samstagsarbeit, langen, viel Streß in Stoßzeiten, zunehmende Arbeitsheize durch Personalarbeit.

Die HBV schätzt, daß in den letzten 5 Jahren 147.000 Vollzeitarbeitsplätze abgebaut wurden. Gleichzeitig wurden 36.500 Teilzeitarbeitsplätze eingerichtet – der Trend zum Abbau von Vollzeit- und Stammpersonal wird hier deutlich. Von den 2,3 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel sind 2/3 Frauen. Ihre Löhne sind extrem niedrig. Auch viele Vollzeitkräfte bringen vielleicht 900,- bis 1000,- DM netto mit nach

Hause, besonders in den ersten Berufsjahren oder bei Eingruppierung in Steuerklasse 5, was bei vielen verheirateten Frauen der Fall ist oder bei Kräfte ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Diese miesen Arbeitsbedingungen dürften durch verlängerte Öffnungszeiten nicht noch weiter verschlechtert werden. Wenn deutliche Arbeitszeitverkürzungen in allen Branchen erkämpft werden, dann reichen die bestehenden Öffnungszeiten vollkommen aus, um in Ruhe einkaufen zu gehen.

Die Gewerkschaften versuchen zur Zeit, die längere Ladenöffnung durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages „Arbeitszeitende im Verkauf“ zu verhindern.

hindern. Die Arbeitgeber schalten jedoch auf stur.

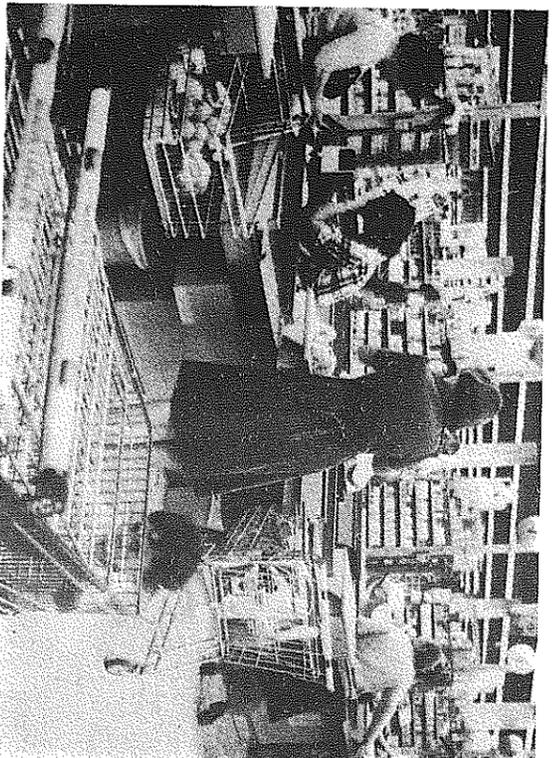
Vier lange Samstage?

In den Tarifverhandlungen ging es ihnen auch weniger um den „Dienstleistungsabend“ als vielmehr um die Ausdehnung der Samstagsarbeit. Sie wollen vier verkaufsoffene Samstage jeden Monat! Bereits im Oktober sind die Verhandlungen in NRW, Hesse und Baden-Württemberg daher gescheitert.

Jetzt müssen überall Kampfmaßnahmen vorbereitet werden. Die Verbrauchernachschicht einschließlich der vielen verkaufsoffenen Samstage im Dezember bietet eine gute Gelegenheit, die Unternehmen durch Streikmaßnahmen einen dicken Strich durchs Wahrscheinlichkeitsfeld zu machen.

Auch SPD und Jungsozialisten sollten den Kampf gegen längere Öffnungszeiten aktiv unterstützen. Unsere Forderungen sollten sein:

- Keine Verlängerung der Öffnungszeiten
 - 35-Stunden-Woche bei volleren Lohnausgleich für alle, damit mehr Zeit zum Einkaufen zur Verfügung steht
 - Zur allgemeinen Entlastung Berufstätiger mehr (und kostenlose) Kindertagen/Kindertagesstätten sowie öffentlich subventionierte Restaurants
 - Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen; für einen Mindestlohn von 1500,- DM netto
 - Übernahme der Auszubildenden, Arbeitsplatzgarantie für alle
- Fiz Garvie, Köln
HBV-Mitglied



Arbeitsplatz Supermarkt: viel Streß und miese Bezahlung.

ÖTV-Spitze muß Kampffront organisieren: 35-Stunden-Woche sofort!

Trotz Wirtschaftsaufschwungs ist die Zahl der Arbeitslosen unverändert hoch. Und bis heute gilt im öffentlichen Dienst immer noch die 40-Stunden-Woche. Damit muß endlich Schluss sein! Die Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes muß deshalb vor allen anderen heißen: Arbeit für alle! Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Dies wurde auf der Kundgebung am 19. September in der Gruga-Halle in Essen deutlich, an der sich mehr als 8000 Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, von Erziehung und Wissenschaft, der Eisenbahner, der Post, der Polizei und von Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft beteiligten. Diese Kundgebung bildete den Auftakt zur diesjährigen Tarifrunde im öffentlichen Dienst.

Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies erklärte unter dem stimmungsbildenden Titel der Anwesenden: „Arbeit für alle statt Arbeitslosigkeit für Millionen, das ist unser gemeinsames Ziel. Wochenarbeitszeitverkürzung ist die beschäftigungswirksamste Form der Arbeitszeitverkürzung. Die 35-Stunden-Woche könnte im gesamten öffentlichen Dienst 350.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. (...) Die öffentlichen Arbeitgeber müssen wissen, daß wir den Konflikt nicht scheuen. Wir werden uns nicht mit Appellen an die Fürsorgepflicht der Arbeitgeber begnügen. Auch der öffentlichen Dienst ist bereit, für kürzere Arbeitszeit zu kämpfen.“

35 Stunden sind genug!

Wie muß nun für uns Arbeiter dieser Kampf aussehen? Wir müssen in den Betrieben und Verwaltungen unsere Kolleginnen und Kollegen von der Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche überzeugen. Und wir müssen unsere Gewerkschaftsführer auch immer wieder dazu anspornen, ihre Reihen auch in die Tat umzusetzen, damit sie nicht etwa einem Angebot der Ar-

Kampf organisieren!

Wie muß nun für uns Arbeiter dieser Kampf aussehen? Wir müssen in den Betrieben und Verwaltungen unsere Kolleginnen und Kollegen von der Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche überzeugen. Und wir müssen unsere Gewerkschaftsführer auch immer wieder dazu anspornen, ihre Reihen auch in die Tat umzusetzen, damit sie nicht etwa einem Angebot der Ar-



beitgeber von 39 oder 38 Stunden zustimmen.

Die Erfahrung aus dem Kampf der IG Metall um Arbeitszeitverkürzung zeigt, daß einzelne kleine Warnstreiks nicht genügend Druck auf die Arbeitgeber ausüben. Die ÖTV-Spitze muß sofort einen umfassenden Kampf organisieren! In Betriebsversammlungen sowie in den Ausschüssen und Gremien der ÖTV müssen die Kampfmaßnahmen im einzelnen diskutiert und geplant werden. Die Mobilisierung für eine Streikfront muß sofort beginnen. Sonst kann ein Erfolg der Tarifrunde nicht gesichert werden. Aktive Gewerkschafter sollten sofort die Initiative ergreifen und die Diskussion und Planung der Aktionen auf allen Ebenen ankurbeln.

Nur wenn die 35-Stunden-Woche auf einen Schlag erkämpft wird, ist es möglich, daß für viele Arbeitslose ein Arbeitsplatz geschaffen und bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Denn eine allmähliche Einführung würde bedeuten, daß die Arbeitgeber Zeit für Rationalisierungsmaßnahmen hätten statt Neueinstellungen vorzunehmen.

Politischer Kampf

Aber der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist nur ein Teil des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit. Der andere Teil muß der Kampf gegen die CDU/FDP-Regierung sein. Denn die se Regierung setzt alles daran, gesicherte Arbeitsplätze zu vernichten. Das tut sie durch Privatisierung von Staatsbetrieben, wie etwa bei Post und Bahn, durch Abbau von Planstellen im öffentlichen Dienst und nicht zuletzt durch die von ihr verordneten Gesetzes zum Abbau von Arbeiterrechten. Und es nützt nichts, an diese Regierung zu appellieren, doch bitte schon etwas für uns Arbeiter zu tun. Sie tut genau das Gegenteil, indem sie die Gesetz im Interesse der Kapitalisten ändert, z.B.:

- das sogenannte Beschäftigungsförderungssetz, das nur zum Abbau von Tarifrechten führt,
- die Änderung des §116 AfMG, die die Gewerkschaft schwächen soll,
- die Steuer„reform“, die weitere Gewinne für die Reichen bringen soll auf Kosten der Arbeiter, usw.

Wir Arbeiter müssen erkennen, daß wir nur dann unsere Lage verbessern können, wenn wir den gewerkschaftlichen Kampf mit dem politischen verbinden. Denn nur so können wir erreichen, daß die Errungenschaften, die wir gewerkschaftlich erkämpfen, nicht auf politischem Wege wieder zunichte gemacht werden.

Hartwig Schaal, Aachen
ÖTV- und SPD-Mitglied

Wohnungsnot

Enteignet die Mietraie und Spekulantent!

Die Wohnverhältnisse in der Bundesrepublik sind nicht so rosig, wie die CDU immer behauptet. Nachdem allmählich das Bundesgesetz „Abbau der Wohnungszwangswirtschaft“ von 1960 greift, stiegen die Mieten in Altbauten kräftig an.

Denn Wohnungsinhaber hatten die Möglichkeit, die öffentlichen Mittel vorzeitig zurückzahlen. Mit der Rückzahlung entfällt für alle Wohnungen die Sozialbindung und für die nicht gemeinnützigen Bestände außerdem noch die Preisbindung. Damit sollte der Markt dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen werden.

Für eine Großstadt wie Hamburg bedeutet das: 1985 gab es hier ca. 325.000 geförderte Sozialmietwohnungen, d.h. etwa die Hälfte aller Hamburger Wohnungen. Bereits im gleichen Jahr fielen 20.000 aus der Sozialbindung heraus. Bis 1990 soll der Anteil an Sozialwohnungen nur 250.000 und im Jahre 2000 sogar nur noch ca. 100.000 betragen. Was sind die Folgen für die Mieter? Zur einen rapide Mieterhöhungen, wenn die Wohnungsmarkt angeboten werden, insbesondere seit Anfang der 70er Jahre Stadtsanierungsprogramme laufen, die die Wohnungen zwar besser ausstatten, doch auch erheblich verteuern. So kostete in Hamburg eine 50qm große Wohnung in normaler Wohnlage (was immer das sei) 1985 nach dem Mietspiegel noch 315,50 DM, kalt und ohne Betriebskosten. Die gleiche Wohnung kostete 1986 bereits 337,50 DM, d.h. 6% mehr. Mit den Heiz-, Betriebs- und Stromkosten kommt der Mieter schnell auf 600,- DM

Mietwucherei

Doch damit nicht genug. Sei die Mieten durch das Vergleichsmietensystem erhöht werden, treibt jede erhöhte Miete auch die Vergleichsmiete hoch, und damit können die Vermieter die nächste Mieterhöhung begründen ...

Auf dem Sozialwohnungssektor sieht es nicht viel besser aus. Schon heute ist der Quadratmeterpreis um 7,80 nicht gerade wenig, und nach den derzeitigen Preiserhöhungen würde er bis zum Jahr 2000 sogar auf 18-20

DM ansteigen. Die Folge davon ist, daß einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen einen steigenden Anteil für Mieten aufbringen müssen. Dabei sind die Realinkommen vieler Haushalte seit 1979 ständig gesunken, wenn sie nicht sowieso von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

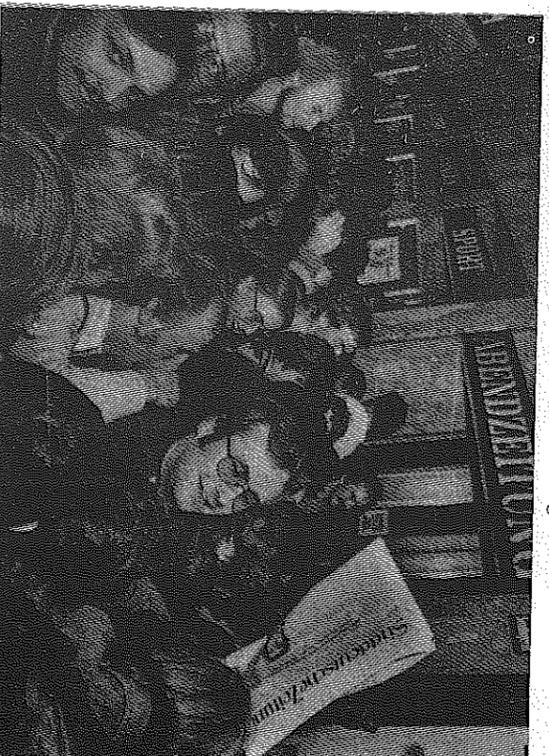
2,8 Mio. Menschen erhielten bereits 1985 Sozialhilfe. Und gerade die schon benachteiligten Gruppen können sich auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr aussuchen, wie und wo sie wohnen möchten. Denn schnell ist die Grenze der finanziellen Belastbarkeit erreicht. Das Einkommen reicht gerade aus, um die Familie zu ernähren, ein paar Anschaffungen zu machen. Ein junger Mensch muß nicht selten Kredite aufnehmen, um eine Wohnung zu finanzieren. Denn wer hat schon das Geld für die Kaution, die eventuelle Maklergebühr und die Einrichtung? Andererseits sind die Wohnungen für Kleinfamilien gebaut worden und damit zu klein, um noch als Erwachsener bei den Eltern leben zu können. Wird dann noch jemand aus der Familie arbeitslos – und das kann jedem passieren, und zwar schneller als man denkt – ist die Folge ein noch geringeres Familieneinkommen. Die Schulden können nicht mehr zurückbezahlt werden, es reicht gerade für das Nötigste.

Sozialer Abstieg

Die Miete kann nicht mehr bezahlt werden. Nach drei Monaten wird die Wohnung gekündigt. Das Sozialamt weist die Familie in sogenannte Obdachlosensiedlungen ein. Die Spirale ist perfekt, denn Menschen aus diesen Siedlungen haben kaum noch die Chance, eine Arbeit zu finden.

- So darf es nicht weitergehen:
- Sofortiger Mietpreistorp und Begrenzung der Warmmieten auf höchstens 20% des Nettoeinkommens
- Überführung aller Wohnungen in Gemeineigentum, die aus spekulativen Gründen leerstehen; Legalisierung aller Besetzungen leerstehender Häuser
- Verstaatlichung der Banken und Bausparkassen; Bereitstellung zinsloser Kredite zur Finanzierung eines staatlichen Wohnungsbauprogramms; umfassende Altbaumodernisierung ohne Mietssteigerungen.

Elke Prengel und
Bettina Grundmann
Hamburg



Wohnungssuchende in München: Die Mieten verschlingen einen steigenden Anteil am Nettoeinkommen.

VORAN

Juso-Jugendkampagne: Forderungen und Aktionsbeispiele

Mehr Rechte für Auszubildende!

„Wer arbeiten will, der findet auch was“ – wer kennt nicht diese Sprüche? Und die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit scheint das noch zu belegen: Am 20. September (Stichtag) gab es bundesweit noch 44.500 offene Lehrstellen. Gleichzeitig waren noch 34.200 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Da könnte man ja wirklich glauben, den Jugendlichen ginge es zu gut oder sie sind schlichtweg faul. Sieht man genauer hin, lassen sich die Gründe für die anscheinend so unverständliche Verhaltensweise der Jugendlichen leicht erkennen.

Viele der angebotenen Lehrstellen befinden sich in Süddeutschland, viele der jungen Leute, die einen Ausbildungsplatz suchen, leben jedoch im Norden der Republik. Wie soll aber ein Auszubildender seinen Lebensunterhalt in einer anderen Stadt von seiner mageren Ausbildungsvergütung finanzieren? Das geht nur, wenn die Eltern erheblich beisteuern. Wer gibt schon gerne seine Freunde, seine verträute Umgebung zum Beispiel in Leer in Ostfriesland (wo inzwischen jeder 2. unter 30 keine Arbeit hat) auf, um

irgenwo in Bayern eine Gastronomielehre zu absolvieren, mit weniger als 300 DM im Monat, Wochenend- und Schichtdienst?

Ausbildung für die Arbeitslosigkeit?

Außerdem: 2 Mio. Jugendliche, die in den letzten Jahren in Berufen wie Bäcker, Metzger oder Friseur die Gesellenprüfung erfolgreich abgelegt haben, werden keinen Arbeitsplatz finden. Warum sollte man also die harte, total unterbezahlte 3jährige Lehre auf

sich nehmen, um dann doch auf der Straße zu stehen?

Hauptsächlich bleiben die von kleinen Handwerksbetrieben angebotenen Lehrstellen unbesetzt. Hier wurden wesentlich mehr Lehrstellen angeboten als hinterher übernommen werden können. Denn in vielen dieser Betriebe läßt sich ein Auszubildender vom ersten Tag an gewinnbringend einsetzen. (Oft bezahlt sogar das Arbeitsamt noch einen Teil der Kosten, weil der Unternehmer ja so nett war und einen Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt hat!)

Gerade in den kleinen Betrieben hat man es als Auszubildender besonders schwer. Häufig ist die Ausbildung sehr spezialisiert und begrenzt, der Ausbilder hat zu wenig Zeit, sich intensiv um die Betreuung zu kümmern. Außerdem wird gerade hier am häufigsten gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verstoßen. Obwohl die Kohortierung 1984 dieses Gesetz im Interesse der Unternehmer gelockert hat, stellt das Gewerbeaufsichtsamt jährlich immer noch 50.000 Verstöße gegen die Verordnung fest. Und da es in Klein- und Mittelbetrieben in den allerersten Fällen Gewerkschaften, Betriebsräte oder gar Jugendvertreter gibt, kann sich der Auszubildende gegen

solche Verstöße nur schwer wehren. Beschwert er sich dennoch, so riskiert er, daß ihm mit dem Hinweis „Wenn's dir nicht paßt, kannst du ja gehen“ die Tür gewiesen wird.

Ausbildung raus aus Unternehmerhand

Sicher brauchen wir Lehrstellen für alle – aber unünftige, in Berufen mit Zukunftsaussichten! Um allen Auszubildenden eine optimale Ausbildung zu gewährleisten, muß sie raus aus Unternehmerhand und unter demokratische Kontrolle von Gewerkschaften, Azubis und Staat gestellt werden. Wir brauchen mehr qualifizierte hauptberufliche Ausbilder. Auch brauchen Jugendliche in der Ausbildung genug Geld, um ein unabhängiges Leben führen zu können. Und um unsere Interessen durchsetzen zu können, brauchen wir das garantierte Recht, uns in den Betrieben gewerkschaftlich zu organisieren. Wir brauchen Jugendvertreter, die von Auszubildenden unabhängig vom Alter gewählt werden können. Wir brauchen das Streikrecht als zentrales Mittel, unsere Forderungen gegen die Profitinteressen der Unternehmer durchzusetzen.

Barbara Kirschaum, Köln
Jungsozialistin



Deshalb fordern wir

- Ausbildung raus aus Unternehmerhand! Für eine grundlegende Reform der beruflichen Bildung!
- Ausbildung für alle Facharbeiterberufe nur noch in spezialisierten betrieblichen Lehrwerkstätten!
- Eine Vergütung von mindestens 1000,- DM netto für alle Auszubildenden!
- Für ein verschärftes Jugendarbeitsschutzgesetz! Keine Ausnahmeregelungen und keine Überstunden mehr! Für ein absolutes Verbot von Schicht- und Akkordarbeit für Jugendliche!
- Streikrecht für Lehrlinge. Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieben und Bistros!
- Einen garantierten und qualifizierten Arbeitsplatz im erlernten Beruf für alle nach Beendigung ihrer Ausbildung!
- Einen Mindestlohn von 1500,- DM netto für alle Arbeitnehmer über 18 Jahren!

Strassenbahn und Busse sind zu teuer!

Kampagne der Juso-AG Kassel-West

Kassels Juso-AG West hat sich der KVG (Kasseler Verkehrs-Gesellschaft) angenommen. Seit Jahren schon hat Kassel immer wieder Smog-Alarm. Durch das große Einzugsgebiet – Pendler aus ganz Nordhessen – kommt es zu täglichen Staus. Die KVG fährt nur noch Defizite ein, die bisher noch durch die Träger Stadt und städtische Werke abgefangen werden. Die Folgen sind: Die KVG betreibt Einstellungsstopp, schraubt die Preise in die Höhe und setzt weniger Züge und Busse ein; halbstündige Wartezeiten sind nicht selten (auch durch den PKW-Verkehr).

Hemmschube sind neben den Finanzen auch das Daimler-Benz-Werk in Kassel und das VW-Werk in Bannatal. Zwar ist in Kassel nun eine erweiterte Parkgebühren-Zone eingerichtet worden, aber ohne gleichzeitig dazu das KVG-Angebot zu vergrößern. Im Gegenteil, es sind sogar Straßenbahnzüge und Busse gestrichen worden.

Daher startet die Juso-AG Kassel-West eine Kampagne, die ihren vorläufigen Abschluss rechtzeitig zur bundeseitigen Juso-Jugend-Veranstaltung in Nürnberg (5.12.) haben soll. Wir wollen ein besseres und günstigeres Angebot im öffentlichen Personennahverkehr, besonders für Auszubildende, Schüler und Studenten erreichen. Allgemein soll die KVG ihr Strecken- und Fahrangebot erweitern. Wir sehen diese Aktion auch als einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Umwelt (Luft und Verkehr) in Kassel. Es wird aber einige Mühen und Anstrengungen kosten, unsere Ziele zu erreichen. Denn wie fast überall kreist auch über Kassel der Pleitegeier.

Trotzdem darf eine solche finanzielle Situation niemals ein Hindernis sein oder werden, um für eine bessere Zukunft zu streiten.

Carsten Becker, Kassel
Jungsozialist



Nulltarif gegen Großstadtmief! Wir Jusos Stuttgart begannen vier Wochen vor der Aufsichtsratssitzung der Stuttgarter Straßenbahnen (SSB) am 28. September eine Kampagne gegen die geplante Fahrpreiserhöhung. Wir haben 11.000 Flugblätter verteilt, 800 Plakate geklebt und 2350 Unterschriften gegen Fahrpreiserhöhungen, für Nulltarif und für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs gesammelt. Trotz strömenden Regens kamen über 100 Teilnehmer zu der von den Jusos organisierten Demo am 26.9.

Dies alles war nur möglich durch die Unterstützung aktiver Stuttgarter Schüler, die an vielen Schulen für die Kampagne mobilisierten. Jusos warfen im Schüleraktionsschub, den sie selbst mitaufgebaut haben, die Frage der drohenden Fahrpreiserhöhung auf und viele Schüler unterstützen begeistert unsere Kampagne, weil sie selbst mit am meisten unter den hohen Preisen und messen Verkehrsbedingungen leiden. Auch wenn wir diesmal die Fahrpreiserhöhung nicht verhindern konnten – die Stimmung in der Bevölkerung ermutigt uns, weiter für ein menschenfreundliches Verkehrssystem zu kämpfen.

Dorle Zergin, Stuttgart, Jungsozialistin



Dieses Foto aus einer Aachener Lokalzeitung bezieht sich auf die Aktivitäten von Aachener Jungsozialisten gegen Neonazis. 12 Jusos sollten bei der Polizei vorsprechen, weil sie mit anderen Jugendlichen das Haus des faschistischen FAP-Vorsitzenden mit „Nazis-raus!“-Aufklebern verschönernten.

Schüler und Jugendliche werden des öfteren von Neonazis angepöbel und in einigen Fällen sogar zusammengeschlagen. Die Polizei und die Gerichte verharmlosen diese Umtriebe mit der Methode, die Nazis und deren Gegner wie die aktiven Jusos auf eine Stufe zu stellen. Auf sie können wir im Kampf gegen die Neonazis nicht vertrauen, „nur“ auf unsere eigene Kraft. Schlagkraft bekommt

Ich möchte VORAN

untersützen und bitte um weitere Informationen

Name



Anschrift

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen
und bestelle Exemplare in Kommission
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adressfeld
ausfüllen und einschicken.)

Postfach Essen, BlZ 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1

Bremenhaven was tun nach der Schule?

Im Rahmen der Jugendpolitischen Herbstkampagne der Jungsozialisten führt die AG Alt-Lehe/Lehe Neuenahr Aktivitäten zu zwei Themenbereichen. Zunächst wollen wir uns den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Lage junger Frauen u. Mädchen beschäftigen. Ein zweites Themenschwerpunkt soll im Zusammenhang mit der Fragestellung: „Vollschubfahrgäste“ sein. Die Probleme von Schulabgänger, Lehrstellenuche, Gelegenheitsjobs, Bezahlung, Jugendarbeitslosigkeit, Situation von Auszubildenden usw., sollen beleuchtet werden.

Zu beiden Themen soll mindestens ein Flugblatt herausgegeben und je eine öffentliche AG-Veranstaltung durchgeführt werden. Infosprache vorm Arbeitsamt, Straßenterviews u.a., runden den Aktionstext ab. Wir haben uns vorgenommen, die bundesweite Abschlussveranstaltung der Jusos in Nürnberg am 5. zu mobilisieren und mit einem 1000-jährigen Leutnanten zu fahren. Nach der Kampagne haben wir öffentlich eine Reihe weiterer Mitstreiter für unsere AG gewonnen!

Bitte Stoewawse, Vorsitzende
Juso-AG Alt-Lehe/Lehe-Nord